



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*Stadtverband Witten*

SPD- Stadtverband Witten, Annenstr. 8, 58453 Witten

SPD- Stadtverband Witten  
Annenstr. 8  
58453 Witten

An den  
SPD Unterbezirksvorstand Ennepe-Ruhr

Fon: 02302 – 94940-26  
Fax: 02302 – 94940-28  
info@spd-witten.de

**CETA ablehnen!**

**31. August 2016**

**Globalisierung braucht Regeln. Deshalb ist es vernünftig in Verhandlungen mit anderen Staaten diese Regeln auszuhandeln. Diesem Ziel dient auch das Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der Europäischen Union und Kanada.**

**Solche Abkommen dürfen allerdings nicht nur einseitig ökonomischen Interessen dienen. Sie müssen ebenso erreichte soziale und ökologische Standards sichern und dürfen ihre Weiterentwicklung nicht behindern. Der Gestaltungsspielraum demokratischer Institutionen, von Parlamenten und Regierungen darf durch solche Regeln nicht eingeschränkt werden.**

**Trotz einiger Verbesserungen durch Nachverhandlungen im Vergleich zum ursprünglichen Abkommen sehen wir diesen Anspruch beim vorliegenden Entwurf von CETA nicht gewährleistet.**

**Der SPD-Stadtverbandsvorstand lehnt deshalb CETA in der vorliegenden Form ab und fordert neue Verhandlungen.**

**Wir sehen uns dabei in großer Übereinstimmung mit den deutschen und kanadischen Gewerkschaften und den großen Sozial- und Umweltverbänden.**

**Wir fordern den Unterbezirksvorstand auf, diese Position zu übernehmen und erwarten, dass die Vertreterin des Unterbezirks beim Parteikonvent entsprechend abstimmt.**

Begründung:

CETA steht in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents vom 20. 11 September 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen zulasten des Gemeinwohls und zulasten von ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und der Umwelt. CETA greift tief in die Gesetzgebung der nationalen Parlamente ein, insofern ist die Ankündigung der Europäischen Kommission CETA als „gemischtes Abkommen“ zu behandeln, richtig. CETA hat das Ziel die maximale Liberalisierung der Märkte bei gleichzeitigem besonderen Schutz der Investoren zu erreichen. Es besteht die Gefahr, dass das Kräfteverhältnis auf beiden Seiten des Atlantiks zugunsten global agierender Konzerne verschoben wird. Der Mehrwert für die Gesellschaft ist fraglich, die Gefahren hingegen groß.

Einige aus unserer Sicht zentrale Punkte:

- Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Investoren schützen sollen. Ein gleichwertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und dem Schutz der Umwelt ist nicht vorgesehen. Bei Abkommen zwischen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind parallel anwendbare Schiedsgerichte überflüssig.
- CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein, wenn große Unternehmen bei Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder bei Mindestlohnregelungen mit hohen Schadenersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können.
- Das Vorsorgeprinzip wird in CETA massiv geschwächt. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären.

Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO- 62 Kernarbeitsnormen: Das Mindestalter für die Zulassung von Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für männliche und weibliche Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO- Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.